

Die Constitution.

Tagblatt

für constitutionelles Volksleben und Belehrung.

Verantwortlicher Redacteur:

L. Häfner.

Motto: Freiheit und Arbeit!

Mit-Redacteurs:

M. Erigner. L. Hank.

N^o 103.

Wien, Donnerstag den 27. Juli

1848

Schönbrunn, den 26. Juli. Gestern Abends war eine unermessliche Menschenmenge aus Wien nach Hieging gewandert, um das heutige Namensfest der Frau Erzherzogin Brandhof, welche hier residirt, zu feiern. Der Enthusiasmus für die Erzherzogin und Reichsverweserin aus dem Volke und von Volkes Gnaden war ein gränzenloser; der stürmische Jubel bei einem Fackelzuge unter den Fenstern der vielgeliebten Frau, die spielenden Musikbanden und die aus einem Lichtmeere in die Nacht weit hinauszündenden, schönen Sängerschöre boten ein rührendes, erhebendes Schauspiel. In Dommeyers Salon, wo die Marxseilaise aufgespielt wurde, war eine sehr zahlreiche Gesellschaft von Garden und eleganten Damen und mit lauter, allgemeiner Heiterkeit wurde die erste Stunde des gefeierten Tages begrüßt. — Man muß gestehen, es gibt doch nur eine Kaiserstadt, es gibt doch nur ein Wien.

Reichstagsfikung vom 26. Juli.

Man kann über die Zusammensetzung unseres Reichstages was man will für Glossen machen, man kann über die gallizischen Bauern den Mund zu einem Lächeln verziehen, und mag die mit leinenen Kitteln bekleideten Gesetzgeber des österreichischen Staates bespötteln, hochadelige Nasen mögen sich sogar angegriffen fühlen, ich aber muß immerhin gestehen, daß gerade in all dem die besten Garantien für die künftige Demokratie in Oesterreich und für einen auf humanere und deshalb solidere Grundlage erbauten socialen Zustand liegen. Es mag sein, daß es unserer Reichversammlung an einer verhältnißmäßig großen Anzahl von Intelligenzen fehle, ich will auch zugeben, daß alle die 70 Bauern keine Ahnung haben von Allem, worum es sich handelt, was thut das aber? Die Prinzipien, welche das Staatswohl begründen sollen, sind so einfach, daß sie keiner großen Intelligenzen zu ihrer Feststellung bedürfen. Wie überall ist hier das Wahre, das Einfachste und Begreiflichste, und wenn mir jemand einwenden wollte, daß es sich hier nicht nur um Aufstellung der Prinzipien des Volkrechtes handelt, sondern auch darum, wie sie durch das geschriebene Gesetz durch Paragraphen einer Verfassungsurkunde gegen jeden Eingriff und gegen jede Verletzung durch eine höhere Hand zu schützen sind, und daß hierzu ein bedeutender Aufwand von juristischer Fertigkeit erforderlich sei: so müßte ich antworten, daß es nur eine leere Täuschung ist, wenn man glaubt, daß es der Buchstabe der Constitution sei, welcher das Recht des Volkes schützt. Nur das Volk selber schützt sein Recht, und so lange das Gefühl

für sein Recht im Volke lebt, so lange lebt sein Recht selbst, und ist stark mächtig und unüberwundlich. Ist jenes Gefühl einmal erstorben, so ist das Recht selbst erstorben, und die Constitution mit allen Klauseln ist weiter nichts als ein beschriebenes Stück Papier. Die Geschichte mag mir diese Behauptung unterschreiben. Darum vermisse ich in unserer Reichversammlung recht gerne die superwachen Philosophen und die spitzfindigen Advokaten und die staubigen Staatsrechtslehrer obendrein, und heiße viel freudiger willkommen jene Bauern im wollenen Kleid, die, wenn sie auch nichts mehr als steinerne Bildsäulen wären, dennoch von ihrer hohen Bedeutung an dieser Stelle gar nichts einbüßen könnten. Nicht mit ihrem Worte, nicht mit ihrem Geiste, sondern in ihrer Person müssen sie das Princip der Demokratie zur Geltung bringen. Man gehe hinaus auf den Marktplatz, dort ist eine steinerne Statue, um welche viele Tausende Menschen sich schaaren, um in andächtiger Gebete erbaut zu werden. Lebt die Statue, und spricht sie gestreich zu der versammelten Menge? Nein! Es ist nur das Bild des Gekreuzigten, des ersten Demokraten unter den Menschen und des ersten Gleichstellers derselben, und so mögen unsere Bauern in der Reichversammlung ohne alle Idee doch die Träger der höchsten Idee sein, und alle übrigen Glieder der Reichversammlung, wenn sie nicht zu Verräthern an dem Volke und dem Zeitgeiste werden wollen, müssen Tag für Tag hintreten vor dem Mann im schlechtesten Gewand, müssen vor ihm das Knie beugen, den Saum seines Gewandes küssen und das Glaubensbekenntniß ablegen, „dich anerkennen wir, dich Souverainität des Volkes beten wir an“. Der Graf kniet vor dem Bauer, das ist die Symbolik des jüngsten Evangeliums und das schönste Gemälde über dem Hochaltar der Freiheit.

Schon vor 2 Tagen hat ein Abgeordneter den Antrag gestellt auf Abschaffung aller erblichen Titel und Privilegien. Als würdiges Seitenstück zu diesem Antrag, ist der heutige vom Abgeordneten Rudlick gestellte anzusehen, welcher sich auf Aufhebung jedes Unterthanverhältnisses zwischen Adel und Bauer bezieht. So werden wir sie denn los werden die freiherrlichen und gräflichen Gnaden und die fürstlichen Durchlauchten, zusammen mit dem gestrengen Herrn Oberamtmann, mit dem gestrengen Herrn Verwalter und den gnädigen Herrn Jäger, und erquicklich wird es sein anzuhören, wenn ein Sprößling des Hauses Plechtenstein oder ein directer Abkömmling von Fürst Windischgrätz mit dem ersten, besten Bauernsohn collegialisch hinter dem Pfluge hergehen wird.

Wenn man die Vortheile, welche aus einer solchen wahrhaft demokratischen, socialen und politischen Verfassung hervorgehen, überschaut, so kann man sie in 2 große Gruppen sondern, denn sie stellen sich als moralische und materielle Vortheile heraus. Zu jenen gehört das Bewußtsein eines jeden Staatsbürgers nicht weniger und was noch besser ist, nicht mehr zu sein, als ein Anderer ist. Und das aus diesem Bewußtsein hervorgehende Gefühl nicht weniger Rechte aber auch nicht weniger Pflichten zu haben als ein Anderer. Nur im Genuße des Rechts erstarkt das Pflichtgefühl, und nur wer zu verlernen hat, weiß das Eigenthum und das Eigenthumsrecht zu beschützen, und mit den Rechten wächst die Achtung vor dem Recht, und nur durch den Genuß der vernunftgemäßen Freiheit können die Völker für die ungezwungene freie Uebung der Vernunftgesetze immer mehr und mehr erzogen werden. Was aber die materiellen Vortheile betrifft, welche aus der Aufhebung des bisherigen Adel- und Bauern-Verhältnisses erwachsen müssen, so sind diese sehr zahlreich, und um so zahlreicher als man das Princip, auf welchem jene Aufhebung beruht, consequent befolgt. Wir werden keinen Adel mehr haben, und der bisherige wird seinen übermäßigen Reichtum zusammenschmelzen sehen. Es wird keine privilegirten: Selbverschwender und Schwelger, und keine privilegirten Müßiggänger geben, denn es wird keiner dieser gewesenen adeligen Herrn mehr Geld genug haben, um es in Müßiggang zu verprassen. Die Herren werden arbeiten müssen, wenn sie ihren mäßigen Vermögensstand erhalten oder gar vergrößern wollen. Wir werden natürlich auch keine Majoratsherren haben, d. h. das ganze Grundvermögen wird nicht auf einen einzigen Sohn der Familie übergehen, und die andern Herren Söhne werden nicht die Bureaux füllen und die höheren Militärschergen einnehmen müssen, um bei aller Dummheit und Unwissenheit doch standesgemäß leben zu können. Nein, wenn so ein Grundbesitzer sterben soll, wird man, wenn anders man nicht an alten zopfigen Vorurtheilen in der Theilung der Grundstücke hängen bleiben will, das Grundstück in so viel Theile theilen, als Erben sind, und das Princip gelten lassen, daß es in einem Staate so viel als nur immer möglich Menschen geben muß, welche sich des Besizes eines, wenn auch noch so kleinen Grundeigentums erfreuen. Ich brauche nicht erst zu sagen, daß dieses auch beim Bauer seine Anwendung finden muß, weil ja jeder Grundbesitzer ein Bauer sein wird, und der Unterschied zwischen Bauer und Nichtbauer im Grundbesitze aufhören wird. Auf diesem Wege wird nun der Schwelgerei ein Zügel angelegt, wird dem Luxus in seiner Schädlichkeit gesteuert, werden die Bureaus gereinigt, viele Militärstellen ohne Schlachten erledigt, die arbeitenden Hände vermehrt, und die Zahl der ganz und gar Beschloßen, der sogenannten Proletarier vermindert werden. Ueberdies bleibt aber noch zu berücksichtigen, daß in dem Maße als sich mehr Menschen mit der Bearbeitung des Grund und Bodens beschäftigen werden, in dem Maße auch die Bodencultur und ihr Erträgniß steigen wird, ferner, daß jeder sich um so mehr anstrengen wird, das ihm zugefallene Theilungsstück mit Fleiß und Aufmerksamkeit zu bestellen, je kleiner es durch die Theilung geworden ist. Daß auch die Freiheit des jetzigen Bauers von allen sogenannten grundherrlichen Lasten auf seine Liebe zum Grundstück und dadurch auf seinen Fleiß und weiter auf den Ertrag den wohlthätigsten Einfluß ausüben wird, das liegt so offen in der Natur der Sache, daß man es nicht erst zu beweisen braucht, so wie ich es nicht zu beweisen brauche, daß mit dem Princip der Gleichstellung das bisher bestandene auf allen Grundbesitz sich beziehende Majoratsrecht, d. h. das Recht, ja sogar die Verpflichtung der Erstgeborenen sei, es von sogenannten Grundherren oder sogenannten Bauer das ganze väterliche Grundstück für

sich allein in Anspruch zu nehmen, als ein Privilegium aufhören muß. Wie viel wird nun dabei die Uerproduktion gewinnen, um wie vieles wird dabei der Staat wahrhaft reicher, und die Menschen weniger arm und nothleidend sein? So viele und so mannigfache Segnungen liegen im Schooße des demokratischen Princips, lassen wir dieses Princip feste Wurzel schlagen, und es wird seine herrlichen Früchte hergeben zur Wohlfahrt und zur Stärke des Volkes. Hoffentlich wird die Reichsversammlung nicht veräumen das demokratische Princip in dieser so wie in jeder andern Consequenz einzusegnen, wie es heute der Abgeordnete Borrosch gethan, welcher mit aller Entschiedenheit des Mannes, die Excesse vom 21. d. M. gegen den demokratischen Clubb, so wie gegen den Redacteur des „Freimüthigen“ als Frevelthaten und Verbrechen bezeichnet hat, mit dem Zusätze, daß in einem constitutionellen Lande sowohl der Presse, als auch den Clubbs eben so wie den Deputirten das unbestreitbare Recht zustehet, jedwede politische Meinung zu vertreten und zu verbreiten.

Josef Hrczka.

K. U. Reichstag-Sitzung vom 26. Juli. — Beginn halb 11 Uhr. Es wird die eingelangte Zuschrift des Ausschusses der Nationalgarde, Bürger und Studenten verlesen, welche, indem sie das Entstehen, den Zweck und die bisherige Wirksamkeit desselben aufeinandersezt, eine Ergebenheits-Adresse an den Reichstag enthält, und an diesen das Ersuchen stellt, ihn — den Ausschuss — als solchen anzuerkennen und dadurch zu kräftigen. — Die Adresse wird zur Kenntniß genommen, das Ansuchen aber der Petitions-Commission überwiesen.

Hanns Rudlich entwickelte hierauf seinen Antrag wegen gänzlicher Abschaffung der Unterhansverhältnisse, ohne jedoch den hierüber zu erlassenden, die genauere und speciale Bestimmung enthaltenden Gesetzen vorgreifen zu wollen; der constituirende Reichstag sei dazu verpflichtet, vermöge der allgemein anerkannten Grundsätze des Rechtes und aus gewichtigen Gründen der Politik; um nämlich das Vertrauen auf den Willen und die Macht des Reichstages in den bisher so gedückt gewesenen Landvolke zu erwecken; (Beifall) — wird zur Vollberathung nach 3 Tagen angemerkt.

Borrosch interpellirt das Ministerium wegen der gegen Mahler und den demokratischen Verein verübten Rechtsverletzungen und fragt, ob Maßregeln zur Hintanhaltung solcher getroffen worden.

Finanzminister Kraus antwortet in Abwesenheit der beiden Minister der Justiz und des Innern (soviel man bei dem stillen Vortrage desselben verstehen konnte) nach seinem Wissen sei dieß bereits geschehen.

Soldmark interpellirt den inzwischen eingetretenen Minister des Innern darüber, was wegen der in neuester Zeit geschehenen Uebergriffe Rußlands in der Moldau und Wallachei vom Ministerium angeordnet worden, um die Interessen Oesterreichs zu wahren.

Dobhoff: Die Nachrichten über das in den erwähnten Ländern Vorgefallene seien so unbestimmt und widersprechend, daß man über das allensfalls Vorzulehrende noch keinen Beschluß fassen konnte, es würde aber, sobald der an den russischen Gesandten in Innsbruck abgesandte Courier mit der hierüber erlangten Auskunft zurückgekehrt sein werde, sogleich bekannt gegeben werden, was man in dieser Beziehung einzuleiten gedenke.

Mahalky kommt auf seine gestern gestellte Anfrage zurück: Wer denn jetzt eigentlich und ob Stadion gegenwärtig noch Gouverneur von Galizien sei?

Römische Erläuterungen hierüber von Pilsersdorf und Stadion, deren erster behauptet, es sei dieser allerdings noch als wirklicher Gouverneur Galiziens anzusehen, während letzterer erklärt, er habe bereits vor 3 Wo-

den seine Stelle in die Hände des abgetretenen Ministeriums niederlegt und könne daher von dem Augenblicke an nicht mehr als solcher angesehen werden. (Heiterkeit.)

Klaudy verlangt Auskunft, was dar über eingeleitet worden, daß bei den Prager Vorfällen hohe Militärpersonen Aeußerungen über das Ministerium machten, welche nach dem Militärstrafgesetzbuche offenbar als das Verbrechen der Meuterei anzusehen und zu bestrafen seien?

Latur antwortete so still, daß er nicht verstanden werden konnte.

Rieger bestätigt die von Klaudy gemachten Angaben. Ueber Löbner's Antrag wird zur Tagesordnung übergegangen.

Es wurden demnach die Berathungen über die provisorische Geschäftsordnung fortgesetzt.

Verfassungstag. Sitzung vom 25. Juli. — Es wurde wieder viel kostbare, unerseßliche Zeit durch leeres Gerede verloren. Eine Anzahl böhmischer Abgeordneter legte schriftlich Berwahrung ein gegen die Darstellung, welche Rieger am vorigen Tage von der Lage Böhmens in Betreff des Belagerungszustandes gegeben hatte. Ich will nicht glauben, daß es so gemeint war; aber mehrere Sätze der Berwahrung lauteten ganz so, daß man sie auch gegen die edelsten Freiheitsbestrebungen anwenden konnte. Ich wiederhole was ich schriftlich und mündlich immer gesagt habe, daß ich ein Urtheil über die Prager Ereignisse nicht wage; daß aber hinter diesem bisher undurchdringlichen Schleier ein Geheimniß steckt, das seines Gleichen sucht; daran wird wohl Niemand zweifeln. Was recht ist, scheut die Oeffentlichkeit nicht und so hätte auch Borrosch sie nicht gescheut, wenn er nicht selbst als Mitglied der Leo Thun'schen prov. Regierung, unter den Angeschuldigten wäre. So aber trat er gleich nach der Verlesung der Berwahrung auf, um zu sagen, daß er bis zu Thränen bewegt sei über die Gefahr, die durch diese Berwahrung dem Frieden der Versammlung drohe. Wenn ich an seiner Stelle sein könnte, hätte ich auf eine eigene Commission zur Untersuchung der Prager Ereignisse angetragen. Die Versammlung ging übrigens zur Tagesordnung über, an der Sierakowski's Antrag zur Untersuchung des Zustandes der Provinzen war. Diesem folgte der Antrag, die Minister dem Volke verantwortlich zu erklären. Nach manchem Hin- und Herreden, nach manchen Fragen an die Minister und Antworten derselben, in welchen sich der gute Wille derselben ausdrückte, nach einer Erklärung Stadions, daß er nicht mehr Gouverneur von Galizien, nach einer, wie gewöhnlich, tonlosen Rede Pillersdorfs, in der er sich für alle Handlungen seines Ministeriums verantwortlich nannte, erklärte endlich Sierakowski, daß er den Antrag stellen werde, das Ministerium Pillersdorf in Anklagestand zu versetzen.

Man hat es getadelt, daß der Minister Doblhoff auf die Frage, wer denn gegenwärtig eigentlich in Galizien Gouverneur sei, eine unmittelbare Antwort verweigert hat. Man wollte darin finden, daß er es nicht wisse. Ich finde darin nur, daß der Zustand Galiziens ein so ungeordneter ist, daß es Zeit braucht, die Züge zu dem Bilde zu sammeln und zu ordnen. Für diesen Zustand ist aber nicht Doblhoff verantwortlich, denn er ist älter als sein Ministerium. Ich kann also nicht eine Blöße darin finden, daß Doblhoff sich besinnt, welche Antwort er gebe in einer Sache, welche von seinen Vorgängern in einem so heillosen Zustand verfehlt worden. Nach meinem Ermessen war er nicht bloß formell in seinem Rechte, als er sich die Antwort über diese Frage, die eine Darstellung des Zustandes von Galizien in sich schloß, auf einen andern Tag vorbehielt.

Die Erklärungen des Justizministers konnten geschichtlich allerdings nicht genügen, weil noch so gut als gar nichts eigentlich bekannt ist; desto

mehr befriedigten die Grundsätze, welche er aussprach, und welche dem Ministerium Kraft verleihen werden, wenn in der Mehrheit des Tages Gerechtigkeit und Einsicht genug ist, um es zu unterstützen.

Der Finanzminister Kraus schien seine Entgegnungen auf den Antrag Fischer's von Salzburg in Betreff der Finanztabellen, so befriedigend wie sonst waren, etwas unwillig und ungeduldig zu geben. Das ist nicht gut. Der Abgeordnete ist nicht bloß in seinem Rechte, er ist in seiner Pflicht. Uebrigens hat Fischer sich in diesem seinen ersten öffentlichen Auftreten als sehr geeignet für den Vorstoß gezeigt, wie schon gleich Anfangs auf ihn gewiesen wurde.

Das Ministerium wird angefochten wegen der Unterstützung, welche es bei der entschieden freien Presse findet. Man sieht nun, wie es gemeint ist. Wenn Minister auftreten, die wirklich denken, was sie sagen, die es reblich meinen mit der Revolution, für die sie Gut und Leben eingesetzt, so begreift sich wohl, daß Menschen, die einem Pillersdorf Tag für Tag das Wort geredet, die nach Reaction lebten, für sie kein Wort der Anerkennung haben; dem ehrlichen Oppositionsmanne thut es wohl, einmal ein Wort der Anerkennung aussprechen zu können. Wir rathen dem Ministerium nur, sich, wenn es der Stärkung bedarf, allein auf die öffentliche Meinung zu stützen. Sie ist seine Mutter. Sie wird ihm auch den Stoff liefern, sich vollends ganz aus dem Volke zu gebären und all' dasjenige wieder auszuscheiden, was nicht ganz und allein aus Sinecure für das öffentliche Wohl und für die Sache der Freiheit eingetreten.

Das Ministerium zählt keinen glänzenden Redner in seinem Schooße. Einige finden darin einen Mangel; ich finde dieß eher gut. Es ist dadurch genöthigt, durch Handlungen statt durch Worte zu sprechen. Die Gabe der Rede ist überhaupt eine sehr zweideutige Gabe; in dem Munde dessen, der Wahrheit spricht, ist sie leicht entbehrlich, dafür ist sie in dem Munde des Schlechten, des Mannes, dem es gleich gilt, ob er Wahrheit oder Lüge verspricht, eine gefährliche Waffe, mit der es der Dolch des Mörders lange nicht aufnimmt. Ein schlagendes Beispiel haben wir an Rossuth, dem Redner ohne Gleichen.

Im Ganzen war die Sitzung gleich den übrigen reich an Reden und Gegenreden, eben so reich an Titulaturen. Warum spricht man fast um's dritte Wort von einer „hohen“ Versammlung u. dgl.? — Ich wiederhole es, ich finde dieß lächerlich. Wenn es von Fremden gegen die Versammlung gebraucht wird, hat es noch einigermaßen Sinn, obwohl es auch da zum alten deutschen Titelzopfe gehört; aber von Mitgliedern gegen das Haus gebraucht, hat es gar keinen verständigen Sinn. Ich würde schon der Kürze halber rathen, alle Titulaturen durchaus aufzugeben. Sonderbar klingt es, neben dem Tage auch das Ministerium „hoch“ genannt zu hören. Neben dem Tage kann, auch nach der strengsten deutschen und chinesischen Titellehre, das Ministerium nicht „hoch“ heißen, denn der Tag steht über dem Ministerium, weil er das ganze Volk vorstellt.

Fischer beging den Mißgriff, von „allerhöchst“ zu reden. Das ist ein Unsinn, den kriechende und speichelleckende Höflinge aufgebracht haben, mit dem sich der Vertreter eines freien Volkes nicht beslecken darf. Es ist auch unconstitutionell, denn der Fürst ist der Verfassung und dem Gesetze unterworfen.

Das Babel nimmt eher zu als ab. Gredler redete von einer „charte“, und sprach das Wort noch obendrein französisch aus, Goldmark von einem „modus“, Borrosch meinte, die Macht eines Beweises durch die Zauberkrast eines „ergo“ zu erhöhen.

Der Unfug mit den Karten dauert fort; der sittlichende Schacher nicht minder. E. Wintersberg.

(Deutschland.) Mit der Wahl des Reichsministeriums hat der Erzherzog-Reichsverweser seine Rolle auf der neuen politischen Bühne begonnen. Dieses erste Auftreten kann man nur ein völlig verfehltes, aus ganz falscher Auffassung hervorgegangenes nennen. Das Ministerium ist nicht aus der Majorität des Parlamentes, ja sogar theilweise gar nicht aus dem Parlamente hervorgegangen, und muß somit sowohl aus diesem Grunde als aus Ursache seines auffallenden Mangels an geistigen Potenzen in Wäldern fallen. Vielleicht dürfte es bei der Rückkunft des Reichsverwesers nach Frankfurt seine erste und dringend gebotene Aufgabe sein, ein neues Ministerium zusammenzusetzen. Wir begreifen nicht, wie derselbe die logische Nothwendigkeit übersehen konnte, wonach heutzutage ein halbares Ministerium nirgends anders als aus dem Parlamente und zwar aus seinen vollstimmlichen Parteiführern kombiniert werden kann. Ein schwankendes Centrumministerium kann weder der Rechten noch der Linken und noch vielweniger dem deutschen Volke genügen, das an allen Seiten blutend, kräftige und gewandte Hände braucht, die seine Wunden zu heilen und diejenigen, die so meuchlerisch und offen schlugen und schlagen, mit energisch und sicher geführten Streichen niederzuschmettern. Die Meuchler sind die im Finstern schleichende Reaktion, die ihre bleiernen, Fortschritt und Freiheit niederdrückenden, Eulenflügel nach und nach über alle Gauen Deutschlands deckt, — mit den Legionen ihrer Anhänger. Von Thronen, von Kanzeln und aus dumpfigen Kanzleistuben schleudern sie in schügenden Nebel gehüllt ihre giftigen Pfeile die teuflischen Wähler und schlagen der jungen Freiheit, die vertrauend unter sie trat, weit tiefere und schwerere Wunden, als die offenen Feinde, die von außen die Marken unserer Vaterlandes in Osten, Süd und Nord bedrängen. Den offenen Kampf hat der Deutsche nie gescheut, er zittert nicht vor blanker Schwertespitze, aber verrätherischen Dolchen erliegt er nur zu leicht. — Die Existenz des zweiten Feindes ist unbestreitbar, und das Reichsministerium kann sie sich nicht verläugnen, die der ersten aber sieht es nicht, will es nicht sehen, und wagt es wohl nicht zu sehen, weil — Könige in ihren Reihen stehen.

Wer ist der Schmerling? Hat er im Parlamente hervorgeleuchtet und steht er an der Spitze einer Partei? Nein. Schmerling ist eine höchst gewöhnliche Persönlichkeit, die nicht einmal unter den Oesterreichern, noch weniger irgend wo anders Anhang hat. Er hat nicht nur im Parlamente das blutige Auftreten des Festungskommandanten in Mainz lobenswerth und zweckmäßig gefunden, er hat nicht nur seine Lanze für den nunmehr verröthelten Bundesstag eingelegt, er hat nicht nur für theilweises Abtreten Schlesiens an Dänemark gesprochen — sondern er hat sich so weit in das Schwarze vermischt, daß er eine Partei des Parlamentes auf seine Art angriff, die ihm sogar den Ordnungsruf zuzog und er von der Tribune Anklage auf Lüge und Verleumdung hören mußte. Schmerling's Antezedentien sind eben auch nicht geeignet, ein günstiges Vorurtheil für ihn zu erwecken. Er hat eben so still und duldsam unter Metternich gelebt, als er mit Ergebung später die Würde eines Bundestagspräsidenten trug. Gegenwärtig ist Schmerling bekanntermaßen Präsident des deutschen Reichsministeriums. —

Das nächste Mitglied des Reichsministeriums ist Herr Gekker von Hamburg. Im Fünfziger-Ausschuß zur Rechten gehörig, machte er später, als das Lepel'sche Promemoria seine Galle erregte, eine Flankenbewegung nach links. Die „Fälschung,“ welche sich der Bundestag erlaubt hatte, erbitterte sein verwundbares Gemüth so sehr, daß er sogar in der Nationalversammlung Anfangs in dem linken Centrum Platz nahm und sich herabließ, mit der Linken eine Art organatischer Ehe einzugehen. Herr Gekker hat uns bis jetzt bei jeder Rede, die er

hielt, versichert, daß er für Deutschland Gut und Blut, Leib und Leben lassen werde, also derselben Aufopferung fähig sei wie sein Colleague Schmerling, das deutsche Volk wird den beiden Herren gewiß für diese gemeinschaftliche Aufopferung den Ehrenkranz um die Stirne winden. Bis in die letzte Zeit war Herr Gekker Alleinpächter der vermittelnden Staatsweisheit in der Nationalversammlung; seitdem er von Wien zurückgekehrt ist, hat er auch die Gastronomie als Gegenstand seiner öffentlichen Betrachtungen ausersehen. Bei dem Raveaux'schen Antrage hielt Herr Gekker eine lange Rede, worin er sich sehr ärgerlich über den Antrag selbst meldete, eine Entscheidung für unzweckmäßig und nicht nothwendig hielt, weil man die Preußen, die Bayern, die Oesterreicher in ihren Partikularismus durch eine solche voreilige Entscheidung verlege und man nicht von vorneherein, sondern erst zum Schlusse die Anerkennung der Souveränität der Versammlung fordern dürfe. Gekker ist überhaupt für die unbedingte Volkssouveränität, aber — er verlangt die Einwilligung der Fürsten; er will Einigkeit in der Nationalversammlung, aber — er thut bei dem Amendement über die Centralgewalt alles mögliche, dieselbe zu vernichten; er will die Ehre Deutschlands, aber — er bestreitet Deutschlands Recht auf Schleswig und die Verbindung dieses Landes mit Holstein; er ist Deutscher, aber — er ist auch Hamburger; Gekker ist Republikaner im Princip, aber — er ist für die constitutionelle Monarchie; er will die Wahl der Centralgewalt durch die Nationalversammlung, aber — er verlangt den Vorschlag der Fürsten. Kurz, Herr Gekker hat alle möglichen Principien, aber — er thut aus Rücksichten stets das Gegentheil davon. Gekker wird dem deutschen Volke den Rechtsstaat im Principe beschweeren, aber — den Polizeistaat in der Ausführung.

Herr Peuker, der dritte Minister endlich, besitzt vierundzwanzig Orden, dabei ohne Zweifel militärische Kenntnisse, ist aber weder Mitglied des Parlamentes, noch sonst überhaupt im Volke bekannt. — Ist nun dieses Ministerium fähig, die Aufgabe zu lösen, die das sechs- unddreißigfach zerlegte Deutschland stellt, indem es drohend und bedroht unverklaulirte Freiheit verlangt, indem Volkssouveränität und „Wähler von Gottes Gnaden“ einander gegenüberstehen, in dem Waffen dröhnen und die Revolution ihren furchtbaren ersten Basiliskensblick auf bebende Throne wendet — ?

Grigner.

Verfassungstudien.

I.

(Schluß.)

Es ist schon zur Genüge gesagt, daß der Gefahr des Ueberstürzens bei der Berathung in einer einzigen Versammlung durch die Geschäftsordnung leicht vorgebeugt werden könne. Im englischen Parlament ist gegen Uebereilung sehr gut gesorgt dadurch, daß über jede Bill dreimal im Ganzen abgestimmt wird, ungerechnet die Abstimmung über jede einzelne Klausel.

Auch gegen die gefürchtete Wirkung glänzender Reden, welche die Zuhörer hinreißen, gibt es ein Mittel. Die Redekunst hat allerdings, je nachdem sie gehandhabt wird, etwas Betäubendes, Narcotisches; aber diese Wirkung hebt nicht nach, sie dauert nicht viel länger als die Schwingungen der Luft, durch die wir sie vernehmen. Nur die Gründe wirken nach. Wenn also die Geschäftsordnung festsetzt, daß keine Hauptabstimmung unmittelbar nach der Verhandlung, sondern immer erst am andern Morgen nach kurzer Zusammenfassung des Besprechenden geschehen darf, so ist von den Sirenenkünsten der Redner wenig oder nichts zu befürchten.

Wenn ferner an dem Grundsatz festgehalten wird, daß zu jedem

Beschlüsse der Versammlung die wirkliche Mehrheit, d. h. mehr als die Hälfte nicht bloß aller Anwesenden, sondern aller Glieder der Versammlung erforderlich ist, so wird auch die Erschleichung, oder Escamotirung einer Abstimmung fast unmöglich gemacht. Damit ist nicht gemeint, daß jede Abstimmung nach diesem Grundsatze geschehen müsse; bei geringeren Dingen ist sie nicht nöthig, aber bei jeder Schlußabstimmung, so wie sobald Namensaufruf verlangt wird, sollte die wirkliche Mehrheit der vollständigen Versammlung von der Geschäftsordnung unbedingt gefordert werden.

Man darf nicht fürchten, daß dadurch der Tag eine schweizerische Tagssagung werde. Die Tagssagung war bisher nicht eine Volksvertretung, sondern eine Vertretung der großen Nähe der einzelnen Kantone; zudem waren die Gesandten mit Instruktionen versehen, die es ihnen unmöglich machten, noch ihrer Ueberzeugung zu handeln. Daher fiel es so schwer, eine Mehrheit zu Stande zu bringen. Auf unserem Tage steht das Verhältnis ganz anders. Unser Tag ist eine wirkliche Volksvertretung, wenn sie gleich durch die mittelbare Wahl etwas getrübt ist, und die Vertreter stimmen nicht nach Aufträgen, sondern nach Gewissen und Ueberzeugung; Jeder kann sich also entscheiden für oder wider. Kommt nun bei der ersten Schlußabstimmung wegen Unvollständigkeit des Hauses die wirkliche Mehrheit nicht zu Stande, so wird das Haus auf eine spätere Sitzung namentlich berufen und nach wiederholter Zusammenfassung des Gegenstandes durch den Vorsitzer durch Namensaufruf abgestimmt. Die Namen der Abstimmenden werden bekannt gemacht und wenn wegen Unvollständigkeit des Hauses die volle Mehrheit wieder nicht erreicht werden sollte, eine dritte Abstimmung mit Mahnung der ausgebliebenen Mitglieder anberaumt. Bei dieser Abstimmung werden die fehlenden Mitglieder zu den Besessenen gerechnet und ihre Namen bekannt gemacht, falls sie ihre Abwesenheit nicht rechtfertigen.

Zum Schluß noch eine Bemerkung. Es ist auf den Wahlplätzen, von aufrichtigen wie von unaufrichtigen Verfechtern des Zweikammersystems viel gefragt worden, warum denn die Amerikaner vom Einkammersystem, das sie im Anfange hatten, später auf das Zweikammersystem übergegangen seien. — Ich gestehe, daß mich die Frage Anfangs in Verlegenheit setzte. Es liegt allerdings am Tage, daß die Amerikaner noch viel in den englischen Schuhen gehen; aber der wahre Grund ist hier die Erhaltung der Sklaverei, die durch den Senat verbürgt ist. In diesem sind nemlich alle Staaten, groß und klein, durch je zwei Senatoren vertreten, wodurch also die Sklavenstaaten, welche die Mehrheit bilden, eben an Größe den andern nachsehen, alle Bestrebungen zur Aufhebung der Sklaverei vereiteln können. Man glaube aber nur, daß unsere Verfechter des Zweikammersystems, die wenigen Aufrichtigen ausgenommen, damit auch nichts Gutes im Schilde führen. E. Wintersberg.

Der Sicherheitsausschuß am 21. Juli Vormittags.

Seine sagt, daß die Juden wegen Emancipation nicht so viel reden und schreiben möchten, weil man sie ja ohnedies emancipiren müsse. Seine sagt dieses in seiner Weise. Aber Seine ist ein Shakespeariischer Narr. Sein Geiße trägt wohl die Schellentappe, aber so oft er sie schüttelt, fallen Wahrheiten heraus. Ich meine auch jüdische Brüder, daß Ihr nicht viel schreiben solltet wegen Emancipation und über Judenhaß und Judenverfolgung. Emancipirt müßet Ihr werden. Was den jetzigen Judenhaß betrifft, so ist, glaubt mir, kein wahres Wort daran. Denn warum sollte man die Juden hassen? Thun sie etwas Schlechtes als Nation? Die Plakate, die man gegen sie schreibt, die können ja in dieser Hinsicht gar nichts beweisen, eben so wenig, als wenn heute Jemand ein

Plakat für Metternich schriebe, dieses zum Beweise dienen könnte, daß die Wiener Metternichfreunde geworden. Und dann, wißt Ihr denn nicht, daß ein solches Plakat von einem Juden verfaßt war? Ihr sehet nun, daß es jüdische und christliche Schacherer gibt, welche, wenn es was einträgt, mit der Schande Handel treiben, und wäre es selbst mit der eigenen Schande. Anspöhen kann man solche Leute, aber Notiz braucht man durchaus nicht von ihnen zu nehmen. Ich sage euch nochmals, meine Freunde, seid nur ehrlich und liberal und fürchtet nicht den Judenhaß, für den in der gebildeten und gutmüthigen Bevölkerung Wiens gar kein Boden mehr ist. Oder meint Ihr doch, man hasse euch aus rein religiöser Ueberzeugung? O wenn es die christliche Religion wäre, welche hier im Lande die mosaische haßt, dann wäre wieder nicht zu begreifen, wie hier die Zeitungsauschreiber mit einer Hand den heiligen Vater, mit der anderen die gottverfluchten Juden feilbieten können. Oder ist so vielleicht das christliche Princip in Anwendung gebracht, was die rechte thut, soll die linke Hand nicht wissen? — Wohl scheint hier die Uebung dieses evangelischen Spruches in Anwendung gekommen zu sein, denn Viele tragen den Nationalgardedeegen an ihrer Linken zum Schutze der Freiheit, während sie mit ihrer Rechten zu morden drohen. — Und da bin ich nun endlich bei der gestrigen Sitzung des Sicherheitsausschusses, der, so viel ich mich vom ersten Male überzeugen konnte, ganz herrliche Elemente in sich schließt, und der, beiläufig gesagt, bis jetzt noch gar keinem anderen Körper seine Mission überlassen darf, und sollte er selbst durch die „Presse“ dazu aufgefordert werden, die auch jüdisch, aber doch nicht radikal redigirt und geschrieben ist. Unter den vielen Gegenständen der Verhandlung hebe ich nur zwei hervor. Die Angelegenheit des „demokratischen Clubs“ vom Abend vorher und die Angelegenheit des Herrn Maler, Redakteur des „Freimüthigen“, ebenfalls vom Tage früher. Hinter beiden Vorgängen steckt ein und derselbe Jesuit — ich nenne jeden schlechten Kerl einen Jesuiten und jeden Jesuiten einen schlechten Kerl — und wie einst Josef dem ägyptischen König Pharao, der ihm seine beiden Träume erzählte, auf den ersten Blick erklärte, daß die beiden Träume eins wären in ihrer Bedeutung, ebenso hat der Sicherheitsausschuß, der über die Träume der Reaktion zu wachen hat, allerdings gesehen, daß die berührten Nachtgesichten nur zwei Träume einer und derselben Deutung sind, und hat auch deshalb ganz consequent eine Commission zur Ermittlung beider Fälle bestellt, und nur ein Plakat für beide Fälle beschlossen.

In der Debatte war mir sehr erfreulich zu sehen, daß so viele Mitglieder, keine Juden, in der, wenn auch nach meiner Ueberzeugung ganz falschen Meinung, daß diese Scene vom vorigen Tage nicht so sehr dem „demokratischen Club“ als solchen, sondern vielmehr als so bezeichnetem Judenclub gegolten habe, ihre Stimme zum allgemeinen Beifall für die Ehrenrettung der Juden erhoben haben; abermals zum Beweise, wie wenig ich mich in meiner Meinung irre, daß es keinen Judenhaß gibt, und daß diejenigen Lumpenhunde, welche die Demokraten angreifen, es nicht deshalb thun, weil sie Juden sind, sondern unter dem Vorwande, daß sie Juden sind. „Den Sack klopft man, den Esel meint man.“ Diesen Lumpenhunden aber kann ich zu ihrer Beruhigung erzählen, daß nicht alle Juden Demokraten sind, denn der Herr Moriz Herzog, dessen Maueranschlag vom 20. vielleicht allgemeiner bekannt geworden wäre, wenn man ihn nicht im guten Geiste halbwegs herabgerissen hätte, dieser Moriz Herzog ist auch ein Jude, aber ein Jude, über welchen ich folgende Geschichte dem Publikum zum Besten geben muß. Vor 2 Jahren im Fasching machte ich auf einem Balle die Bekanntschaft einer Familie, welche mich ohne nach meinem Namen zu fragen, zu einem Besuche einlud. Nach we-

nigen Tagen folgte ich dieser Einladung. Die Familie war wieder so liebenswürdig wie das erste Mal, und ich nannte beiläufig meinen Namen; ganz kurz darauf wiederholte ich meinen Besuch, und sieh da, ich fand mit einem Male Alles verändert. Man war gegen mich zurückhaltend, bediente sich spitziger und zweideutiger Redensarten über meine Vergangenheit, ich verstand kein Wort von dem Ganzen, und ging. Ich trug mein Bedenken zu demjenigen Herrn — es ist ein achtbarer practischer Arzt hier — welcher mich der Familie auf dem Ball zuerst vorgestellt hatte, der mir aber nach wenigen Tagen, wo er die Familie besucht hatte, keinen Aufschluß geben konnte, und mir nur sagte, daß man dort von mir immer in einer anzüglichen Weise spreche. Nichts desto weniger oder gerade deshalb wiederholte ich meinen Besuch. Man fragte mich ganz spitzig: „Sie waren ja einmal in Preßburg?“ Ich antwortete: ja 4 Jahre lang. „Kennen Sie die Dame R. R.“? Der Zufall wollte es, daß ich sie kannte, und ich bejahte es. „Und Sie sind auch persönlich mit dem Primas bekannt?“ Nein! „Und Sie heißen doch Herczegy, der alle Familien ausspionirt von Polizei wegen, und dem man in jedem ordentlichen Bürgerhause die Thüre weisen muß?“ Schamroth, für ein Polizeispiegel angesehen worden zu sein, antwortete ich nein! ich heiße nicht Herczegy, sondern Hrczka. Seht ihr meine lieben jüdischen Brüder, wir haben nicht nur Demokraten unter uns, sondern auch Polizeispiegel, und ihr braucht euch deshalb vor euren liberalen Gesinnungen gar nicht zu fürchten. Es gibt keinen Judenhaß hier, und es gibt keine Judenfeinde hier; wenn ich einen ausnehme, nehmlich den Herrn Ebersberg, der aber überhaupt eine Ausnahme ist, denn wo gibt es außer ihm noch einen „erbischoflichen Educationsrath“, und wo gibt es außer ihm noch einen Zuschauer. Ebersberg schaue zu. Josef Hrczka.

Eine Cameralistische Greuelgeschichte.

Linz, am 23. July 1848.

Ein haarstrebendes Factum, das man seit dem Märztage kaum mehr für möglich halten möchte, verdient aus dem Lande ob der Enns zur allgemeinen Kenntniß gebracht zu werden:

Ein Bauernbursche Namens Franz Sttz schmachtet schon seit vier Jahren in strenger Kerkerhaft, und die Leiden dieses Kerkers verbunden mit dem Mangel an Bewegung und frischer Luft, dann der Gram über die Hoffnungslosigkeit seiner Lage haben die Jugendkraft dieses Burschen völlig gebrochen, und ihm ein Siechthum bereitet, worin der Unglückliche an dem Leben selbst keinen Werth, und an der Hoffnung auf eine gerechtere Zukunft keinen Trost mehr findet. Mitleidig fragt der Menschenfreund: Was hat denn der Arme verbrochen? Hat er einen Hochverrath begangen? Nein — denn die Gnade unseres gütigen Kaisers hätte ihm längst schon die Kerkerthüren geöffnet. Oder hat er irgend ein anderes großes Verbrechen verübt? Nein — denn kein Mensch hat ihn jemals einer entehrenden Handlung beschuldigt. Oder hat er sich doch wenigstens eine schwere Polizei-Übertretung zu Schulden kommen lassen? Nein, und abermals nein, denn diese müßte mit einem sechsmonatlichen Arreste abgehüft sein: Aber um des Himmelswillen was hat er denn sonst verbrochen? Nichts — eine Kleinigkeit — er hat Tabak geschwärzt, und also nur jenes arge Monopol verkürzt, welches dem gemeinen Manne einen miserabel zubereiteten ordinären Tabak um ein wahres Sündengeld aufzwingt, während er im Auslande um das halbe Geld einen viel besseren Tabak bekommen kann.

Vergeßlich hat sich bisher der Magistrat Freystadt für den Unglücklichen verwendet, und um Abkürzung der Strafe gebeten, denn alle Bittgesuche scheiterten an der bürokratischen Weitschweifigkeit der Cameral-

behörden und ihrer Vorsteher, deren Verstand und Herz von chinesischen Formenwesen und bürokratischen Schlenbrian schon so umkrustet ist, daß weder der Hülfseruf nach Gerechtigkeit, noch der Pfeil der Satyre durch diesen Küras der Gefühllosigkeit mehr durchbringen kann. Ein solcher Mandarin ersten Ranges ist der Cameralrath Schosulan, welchem wir allernächst, sobald das Reich der Zöpfe in unserm europäischen China (Oesterreich genannt) zu Ende geht, der echten chinesischen Majestät dem Himmelssohne anempfehlen, und ihn zum Obermandarin mit Knopf und Zopf in Vorschlag bringen werden. Wir sind überzeugt, daß der Ruhm der Vernunft an diesem europäischen Prachtexemplar der Unvernunft großes Wohlgefallen finden, und sein bezopftes Haupt auch noch mit drei Pfauenfedern schmücken werde.

Arbeiter Zustände.

Seit einiger Zeit schleicht in den Werkstätten der hiesigen Gewerbetreibenden ein Gespenst umher, welches viele zu fürchten scheinen, und das Kreuz schon im vorhinein schlagen ehe sie dasselbe recht bei Lichte betrachten; dieses Gespenst ist die **Gewerbefreiheit**.

Da bereits fast Jeder einseht daß in jetziger Zeit kein Zopf verschont bleiben wird und wäre er mit den privilegierten Eselhäuten selbst durchstochen, so sind viele Gewerbetreibende auch schon zu der Einsicht gekommen, daß das Kunst- und Innungswesen nicht fortbestehen kann, wenn wir unsere errungene Freiheit nicht durch Inconsequenz brandmarken wollen.

Besteht nicht etwa jetzt schon in Oesterreich Gewerbefreiheit? und warum richtet diese den Bürger nicht zu Grunde? Ein eigentliches System besteht in Oesterreich nicht, wir haben hier eine einfache solide Gewerbefreiheit in manchen Gewerben, die sogenannten „Freigegebenen“, wir haben ferner eine absolute Gewerbefreiheit, einzelner Bevorzugten, nämlich derjenigen, die sich im Besitz eines kaiserlichen königlichen ausschließlichen Landes-Privilegiums zu setzen wußten, und wir haben endlich das Gegentheil von Beiden, das Kunst und Innungswesen; wo bleibt da die Gleichberechtigung Aller, ohne welche doch keine Freiheit denkbar ist.

Die sich beeinträchtigt glaubenden, jetzt noch bevorzugten Privilegien, Besitzer haben bereits Protest eingelegt durch eine Petition welche behufs Unterschreibung auf die Wanderschaft ging, um die etwaige Gewerbefreiheit welche ohnfehlbar in Kraft treten muß im Austausch zu erdrücken, wie man ein Kind in Mutterleibe mordet. Woher haben diese Herrn Alterhums menschen denn eigentlich die sichere Ueberzeugung, jetzt schon gegen die noch nicht vorhandene, aber sicher erscheinende allgemeine Gewerbefreiheit (nicht mit der nach ihren Begriffen absoluten Gewerbefreiheit zu verwechseln) auftreten und sich ausdrücklich dagegen verwahren zu müssen?

Die Gewerbefreiheit ist eine natürliche Tochter unserer politischen Freiheit und wird auch schon durch diese Geltung erhalten. Wollen wir indessen zu einer Lösung dieser Frage kommen, welche für Jeden gleich wünschenswerth sein muß, so ist es notwendig, daß sich Meister und Gesellen zusammen verbinden um auf friedlichen und freundschaftlichen Wege dahin zu gelangen, nicht aber daß sich eine Partei verwahrt gegen etwas um was die andere Partei beim Reichstage die dringendsten Vorstellungen machen wird.

Die Arbeiter und Meister müssen Hand in Hand gehen, kann das Jemand bestreiten? Sind wir nicht auch Staatsbürger? Sind unsere Väter nicht gewerbetreibende Bürger oder Beamte, und sind wir nicht selbst, mancher vielleicht schon in wenigen Wochen gewerbetreibende Bürger welche

Arbeiter beschäftigen? wie können wir da entgegengesetzte Interessen haben, da das Glück aller auch das Unfrige ist.

Zum Beweise dessen verweise ich auf den Aussatz „Freiheit und Arbeit“ in Nr. 91. dieser Blätter erschienen, es handelt sich sowohl darin um die Interessen der Arbeiter als der Meister. Die Anerkennung des Sicherheitsausschusses, welcher diese Angelegenheit dem Ministerium ganz besonders empfohlen hat, ist Bürge dafür daß die Bestrebungen der Arbeiter nicht von Allen verkannt werden.

Jede Sache trägt ihre Gesetze in sich selbst, alles andere Aufzwingungen sind Beschränkungen, so auch mit der Gewerbefreiheit. Die Gewerbefreiheit trägt gleichfalls ihre Ordnung in sich selbst, und es ist nicht etwa ein geschlossenes Betreiben der Geschäfte darunter zu verstehen.

Die Aufgabe des Staates ist es, durch eine einzuführende Ordnung dahin zu wirken, daß ein Jeder seiner Bürger seine Kräfte und Fähigkeiten verwerthen kann, und dieses sich nicht etwa nur auf einzelne Bevorzugte (Privilegirte) ausdehnt; es steht ihm jedoch das Recht zu, sich zu überzeugen, ob auch eine wirkliche Fähigkeit vorhanden ist, deshalb müßte die Gewerbefreiheit (freie Gewerbonrdnung) ohngefähr folgende Grundzüge haben.

Ein Jeder hat das Recht, nachdem er seine Volljährigkeit erreicht hat und die nöthigen Kenntnisse besitzt, sich zu etabliren, um jedoch durch die Prüfung der Fähigkeit, der Freiheit keinen Damm zu setzen so wären nachstehende Eigenschaften als genügend zu betrachten, die aber auch ein Jeder besitzen muß:

- 1) Das Geschäft practisch erlernt zu haben welches durch ein einfaches Zeugniß zu beweisen ist.
- 2) Drei Jahre lang zur Ausbildung in seinem Gewerbe gereist zu haben und dabei in drei Hauptstädten Deutschlands beschäftigt gewesen zu sein, welches durch den Paß zu beweisen ist.
- 3) Sich als im Besiß von wenigsten 150 fl. C. M. zu legitimiren, wovon die nöthigen Werkzeuge angeschafft werden können.

Kapitalisten aber welche Fabriken anlegen und nur Geschäfte treiben, um ihr Geld dadurch so einträglich als möglich zu machen, sind außer der Gewebesteuer auch noch mit einer Besteuerung des Betriebscapitals zu belegen, um dadurch das Talent und die Kräfte eben so hoch zu stellen als das Geld.

Lh. Gennert.

Mitglied des Wiener Arbeiter-Vereins.

(nicht Fr. Gennert wie im vorgest. Blatte durch Druckfehler stand.)

Arbeiter-Angelegenheiten.

Bildung, vollkommen gleicher und freier Schulunterricht für Arm und Reich auf Staatskosten und Fortbildungsinstitute auf Staatskosten, das ist es, was ich jeder Zeit zuerst beanspruche, um allen Bürgern die Freiheit und die Wohlthaten eines freien Staates zugänglich zu machen. Ueber Volksschulen habe ich mich neulich schon ausgesprochen. Der zur Fortbildung und zur Berathung unserer Angelegenheiten von uns auf eigene Hand gegründete Arbeiter-Verein gedeiht sichtbar, und es wäre zu wünschen, daß die Regierung unser Streben unterstützte, und daß es auch in andern Städten Oesterreichs Nachahmung fände. Aus Grätz ist bereits die Aufforderung an uns wegen Mittheilung der Vereins-Statuten ergangen, und es läßt sich hoffen, daß dort ein Verein zu Stande kommt, der sich mit dem unfrigen in Verbindung setzen wird. — Ueber Abfindung eines Deputirten nach Berlin zum Arbeiter-Parlament, welches am 20. August zusammen tritt, ist bereits gesprochen und eine Correspondenz mit dem dor-

tigen Central-Comitee für Arbeiter eröffnet. — Leipzig hat uns die Mittheilung gemacht, daß dort eine Generalversammlung sächsischer Arbeitervereine Statt gefunden, in der Dresden, Leipzig, Dederan, Oberschlema, Grimmitzschau, Werdau, Königsbrück, Neustadt, Volkmarzdorf, Pötschappel, Glauchau und Reudnitz vertreten waren. Von den dort angenommenen Punkten habe ich folgende heraus:

§. 1. Vollständige Gleichstellung der politischen Rechte des Arbeiters mit denen anderer Stände, namentlich Aufhebung des Paßzwanges.

§. 2. Allgemeines deutsches Heimathrecht mit Freizügigkeit.

§. 4. Gewerbefreiheit mit ihrem nöthigen Schuß. Zur Erlangung des Meisterrechts muß der Candidat seine Befähigung nachweisen. Ueber das selbst erwählte Prüfungsstück entscheidet eine Commission, zu gleichen Theilen aus Meistern und Gesellen und aus einem von beiden Theilen gewählten Obmann zusammengesetzt.

§. 8. Einführung von Schiedsgerichten; das Schiedsgericht soll aus gleichen Theilen bestehen, aus Arbeitgebern und Arbeitern. Dieser von beiden Theilen gleichen Zahl ist jedoch ein unparteiischer Obmann hinzuzufügen, wobei jedoch beiden Theilen das Recht zusteht, ein Mitglied dieses Schiedsgerichts, bei welchem sie eine ihren feindselige Gesinnung vermuthen oder voraussetzen, aus demselben zu entfernen und an dessen Stelle ein anderes zu wählen.

§. 12. Unbeschränkte Heirathserlaubnis für jeden mündigen Arbeiter.

§. 13. Permanente Gewerbsausstellungen mit Vorschuß und Creditbanken, allgemeines Wechselrecht und Einführung eines allgemeinen deutschen Civilgesetzbuches.

§. 15. Feststellung der Arbeitszeit auf 11 Stunden.

§. 22. Größere Freiheit in Zerschlagung der Landgrundstücke.

§. 23. Das sächsische Gesamtministerium wolle alle Regierungen Deutschlands zu gleicher Erhandlung der Arbeiterfrage, wie es bereits von Seiten Sachsens geschehe, auffordern.

Ferner wurde beschlossen, daß die 23 Punkte zur Kenntnißnahme des deutschen Parlaments in Frankfurt gelangen sollen, mit der besondern Forderung: dasselbe wolle alle deutschen Regierungen auffordern, die Lösung der Arbeiterfrage in die Hand zu nehmen, und zwar bald.

In einem Privatbriefe schreibt der Präsident sämmtlichen Arbeitervereinen Sachsens, Herr Hampel: Zu jedem Arbeiter-Congreß senden wir Deputirte. Ich stehe in immerwährender Verbindung mit dem Ministerium, und bin von demselben nach vorhergegangener Wahl als Commissär für Leipzig ins Arbeitsministerium berufen. — Am ersten August treten wir in die Commission zur Erörterung der Gewerbs- und Arbeiter-Verhältnisse. — Ich bin aufgefordert, einen Gruß an den Arbeiter-Verein in Wien zu senden und den Wunsch auszusprechen, die Arbeiter Wiens möchten etwas an uns ergehen lassen.

Friedrich Sander,
Mitglied des Wiener Arbeiter-Vereins.

Notizen.

Eine alte Geschichte neu aufgelegt.

Ein gewisser Herr Graf Rothkirch-Panthen aus uraltadeliger Familie, mit ausgezeichnet schönem Wappen, bisheriger Kreishauptmann in Pilsen, früher in Caslau, wurde auf Antrag unseres verantwortlichen Ministeriums zum Nachfolger des bisherigen Landespräsidenten und früheren Chef der provisorischen Regierung in Prag, Grafen Leo Thun, ernannt, und gegen diesen das höchste Straf-Maß

für Beamte gewissen Ranges: die Pensionirung mit vollem Gehalte ohne Personalzulage und Orden, verhängt.

Bekanntlich wurden die Präsidenten Klebersberg und Eichhof, als man sie einiger Rechnungsfehler (zwar keiner politischen) beschuldigte, noch mit dem Bezuge aller Genüsse und einer Ordensverleihung ihrer Dienste enthoben, weshalb wir so glücklich sind, noch immer vier Hofkammer-Präsidenten zu haben. Man sieht, wir schreiten rüstig vorwärts.

Diesem Herrn Grafen Rothkirch-Panthen, welcher einer der gelungsten Auswüchse des Vater Metternich sein soll, und die zwei schönsten Tugenden der Jetztzeit — die aristokratisch-bureaucratische Tugend in sich vereint, soll es in keiner Beziehung an Eigenschaften fehlen, welche ihn dieser Auszeichnung besonders würdig machen. Er besitzt z. B. nicht das geringste Vertrauen bei dem Volke, ist als eine der eminentesten Bureau-Obfcuritäten bekannt, und kann daher auf die kräftigste Unterstützung der ganzen Beamtenparthei im Königreiche mit Zuversicht zählen.

Man begreift, daß solche Vorzüge in Verbindung mit einem unbemakelten Stammbaume, ein volkschämliches Ministerium zu dieser Wahl bewegen mußte, und besorgt nur, daß die gerechte Empfindlichkeit des tapfern Fürsten Windischgrätz über die Entfernung seines Busenfreundes anfänglich vielleicht das herzliche Einvernehmen schwächen könnte, hofft aber, daß sie ihren Vortheil begreifen, und mit der Zeit zur Lösung ihrer gemeinschaftlichen Aufgabe sich innig verbinden werden.

L. Saut.

Se. Excellenz der Herr Regierungspräsident von Oberösterreich, Graf Strakosky sind gestern hier angelangt. Wir bringen diese erfreuliche Nachricht zur Kenntniß aller Schwarzgelben — sie werden die Gelegenheit wohl nicht versäumen, diese im hohen Herrn, der gegründete Ansprüche auf ihre Sympathien hat — einen glänzenden zweifarbigen Facelzug zu bringen.

„Ich werde keine krummen Wege gehen sondern gerade und offen nach Recht und Gewissen handeln.“ Diese Worte sprach der Reichsverweser zu dem versammelten Volke in Regensburg. In diesen wenigen schlichten Worten liegt ein gutes Stück unserer Revolution. Der biedere deutsche Reichsverweser hat einen Grundsatz ausgesprochen, der dem der antideluvianischen Mandarinen schnurstracks entgegengesetzt ist; denn sie gingen nur krumme Wege — waren offen — wie eine eingerostete Kellertür, handelten nie nach Recht und hatten gar kein Gewissen. Keine krumme Wege gehen und doch regieren können, dazu hat's eben eine Revolution gebraucht.

Wiß Gott der Verwaltungsrath der Nationalgarde war uns nicht ans Herz gewachsen. Aber wenn etwas Gutes, Frei sinniges von ihm aus-

geht, ist's Pflicht es anzuerkennen. Sein Erlaß an die gesammte Nationalgarde in Angelegenheit der besondern Abzeichen von Knopf und Bopf oder was sonst in Antrag war — ehrt ihn und ist ganz geeignet manche frühere Charta auszuwegen.

Der Verwaltungsrath spricht sich in seinem Erlasse entschieden gegen eine „bleibende kastenartige Abzeichnung der Chargen in der Nationalgarde“ aus, und fordert dieselbe auf, solchen dem Geiste des Nationalgarde-Institutes widerstreitenden Wünschen auf das Kräftigste zu widerstreben.

„Allen Volkbewegungen“ heißt es im Erlasse, in dessen Stile wir mit Vergnügen nichts amtlich Geschraubtes wahrnahmen, „allen Volkbewegungen, welche wir bisher durchgemacht haben, war der ausgesprochene Gesammwille eigenthümlich, jeden Kastengeist zu beseitigen; wie sollte nun die Nationalgarde in ihrer Mitte neue Kosten schaffen wollen. Dieß geschieht aber jedenfalls, sobald zwecklose, der Eitelkeit und Ostentation dienende, nicht durch den Dienst gebotene Abzeichen der verschiedenen Chargen der Nationalgarde eingeführt werden.“

Wir hoffen, daß auch alle fernern Erlasse und Beschlüsse des Verwaltungsrathes in diesem Geiste gehalten sein mögen.

A. S.

(Montecucoli spuckt wieder!) Aus Innsbruck erfahren wir, daß Herr Graf Montecucoli Laderchi, der Held des 26. Mai, einer alten Anordnung gemäß als Friedensstifter nach Italien abgehen soll.

Unser Ministerium wird hoffentlich gegen diesen Akt protestiren, denn Montecucoli's Sendung dürfte ihm in Italien, sowie namentlich in Oesterreich wenig Ehre bringen.

Wir erfahren, daß ein Herr Spitzer in Wien Verfasser jenes schwarzgelben Briefes an das k. k. Militär sein soll, welcher in hiesigen Blättern abgedruckt gewesen.

Die verbreiteten Exemplare sind in Wien lithographirt.

Ein würdiges Seitenstück zur Handschlag-Geschichte.

Nachdem unser Ausschuß beschloffen hat, daß zum Andenken der in den Märztagen um die Freiheit Gefallenen Freitag am 23. eine große Todtenfeier mit Ausrückung der gesammten Nationalgarde stattfinden solle, nachdem die Vertreter des österreichischen Volkes und die Mitglieder des Ministeriums erklärt haben, derselben beizuwohnen, erlaubt sich Herr Panasch — noch Obercommandant der Nationalgarde — durch den gestrigen Tagesbefehl zu verordnen, daß diese Feierlichkeit nicht stattfinden dürfe, weil eine Anzahl Compagnien der Meinung war, daß diese Feier erst zur Jahreszeit (März) abzuhalten wäre!!

Wir geben diese einfache Thatsache der Beurtheilung aller Verständigen und Einsichtsvollen anheim ohne ein Wortlein Commentar.

Börsenbericht vom 26. Juli 1848.

Metall. Obligat. zu 5%	74 1/4	Anlehen vom Jahre 1834	122	Esterházy Lose a 20 fl.	22	Glognitzer Action	97
„ „ „ 4%	61	„ „ 1839	82	Waldstein'sche Lose	16	Pesther	64
„ „ „ 3%	45	Esterházy Lose a 40 fl.	50	Nordbahn-Actien	104 1/2	Gmundner	168
Bank-Actien	1020	Windischgrätz Lose	16	Mailänder	64	Dampfschiff	480

Man pränumerirt in Wien im Jakobshof Nr. 796 mit 1 fl. C. M. monatlich, 3 fl. vierteljährig und 6 fl. halbjährig. — In den Provinzen bei allen Postämtern, vierteljährig 4 fl. 6 kr., halbjährig 8 fl. 12 kr., ohne Unterschied der Entfernung. Einrückungen aller Art werden angenommen im Redaktions-Bureau, Kohlmarkt Nr. 260, 2. Stock.